

Zur Geschichte und aktuellen Situation des „Bürgerfunks“

Nach Artikel 5 Grundgesetz hat jeder das Recht, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Bei den elektronischen Medien erfüllt diese Rolle landesweit und regional das Öffentlichrechtliche Rundfunksystem. Im lokalen Nahraum übernimmt seit 1991 der Lokalfunk in NRW diese Aufgabe.

Der Lokalfunk in NRW ist binnenplural organisiert. Dies bedeutet im Umkehrschluss, daß er eine ähnliche Funktion übernimmt, wie der Öffentlichrechtliche im Gesamtland.

Daher wurde vom Gesetzgeber dem Lokalfunk auch eine bis dahin verfassungsmäßig unbekannt Form gegeben: „Das 2-Säulen-Modell“; Geldbeschaffung und Betriebsorganisation auf der einen Seite als Betriebsgesellschaft und Redaktion und gesellschaftliche Kontrolle bzw. Mitverantwortung in Form der Veranstaltergemeinschaft auf der anderen Seite.

Damit waren aber noch nicht alle notwendigen Kräfte an dem binnenpluralem Modell beteiligt. Schon seit 1978 forderten die „Freien Radios“ das Recht ein, das ein jeder die Möglichkeit haben muß, sich frei und unzensiert in seinem Radio zu Wort melden zu können. Diese „Freie Radio Bewegung“ hatte in den Zeiten des Entstehens des Landesrundfunkgesetzes in NRW ebenfalls an die „Türe“ der Gesetzgebung geklopft und ihr Recht auf Meinungs- und Kulturfreiheit im zukünftigen lokalen Rundfunk eingefordert! Der Unterschied zu den sonstigen Bewerbern um die Lokalfrequenzen bestand aber darin, daß die Bürgerradios, so nannten sie sich jetzt, auf gemeinnütziger Basis Radio machen wollten.

Da der Gesetzgeber nur sehr wenige Frequenzen für NRW zur Verfügung hatte, beschloß er, alle Bewerber für den Lokalfunk ohne Frequenzsplitting auf einer Welle zu einem „Sender“ zusammen zu fassen: Heraus kam das weltweit wohl einmalige Konstrukt des NRW-Lokalfunks!

Schon seit Anbeginn versuchten vor allem die Betriebsgesellschaften (dominiert von den NRW-Zeitungsverlagen), als auch der Rahmenprogrammlieferant „Radio NRW“ (wieder hauptsächlich die Verleger), die Bürgerradios, die mit 15 % der Lokalfunksendezeit sich als integraler Bestandteil an das 6-8 Stunden dauernde Lokalprogramm „hinten“ anschließen durften, aus „Ihrem“ Radio zu verbannen. Sie wurden als Zwangsentziehung dargestellt, weil sich ihr Programmangebot nicht „beherrschen“ ließ. Seit 15 Jahren wurde dieses schwächste Glied in der Kette immer weiter in die Abendstunden verdrängt und finanziell in Frage gestellt.

Denn der Bürgerfunk kann sich im Gegensatz zu seinen kommerziellen Frequenzkollegen nicht aus der Werbung finanzieren – er ist eben auch auf eigenen Wunsch nicht kommerziell, meist sogar gemeinnützig organisiert.

Mit dem Start der Lokalradios und zugleich auch des Bürgerfunks stellten die Macher fest, daß es nicht jedem in die Wiege gelegt ist, rundfunk- bzw. programmtauglich seine Meinung frei zu äußern bzw. ein kulturelles Angebot zu präsentieren.

Sehr schnell entstanden so medienpädagogisch ambitionierte „Radiowerkstätten“, die sich zur Aufgabe setzten, Gruppen und Hörern aus dem Sendebereich die 15-%-Sendezeit des Bürgerfunks zur aktiven eigenen Gestaltung gleichberechtigt zu „öffnen“.

Hierbei stellte man sehr schnell fest, daß auf Dauer eine professionelle Betreuung des Bürgerfunks zwecks chancengleichen Zugangs unbedingt notwendig sei!

Und dies wiederum ließ sich nur über eine professionelle und kontinuierliche Betreuung der Bürgerfunker realisieren.

Mit den spärlichen Mitteln der Radiowerkstätten und ihrer Trägervereine konnte diese Arbeit nur halb gelingen. Daher, und weil auch die Ministerpräsidenten die sogenannten „Offenen Kanäle“, zu denen auch der Bürgerfunk gezählt wurde, per Staatsvertrag mit Mitteln aus den Rundfunkgebühren fördern wollten, wurde in NRW durch die „Landesanstalt für Rundfunk (LfM)“ eine Förderstruktur zu Gunsten des Bürgerfunks und des chancengleichen Zugangs für alle gesellschaftlichen Gruppen“ geschaffen. Die Gesamtförderung betrug 2005 knapp 2 Millionen Euro pro Jahr. Dazu kommen aber vor Ort bei den Radiovereinen und anderen beteiligten Organisationen nochmals viel größere Summen durch Drittmittel und großes ehrenamtliches Engagement hinzu.

So entsteht jeden Tag in NRW, wenn man alle Bürgerfunkprogramme der 46 Lokalradios zusammenzählen würde, die Sendemenge von deutlich mehr als 2 vierundzwanzigstündigen Vollprogrammen.

Immer wieder kam aber aus dem „politischen Raum“ als auch aus den Lokalredaktionen des kommerziellen Programmteils der Vorwurf, der Bürgerfunk sei „grottenschlecht“, die Hörer würden sofort abschalten, wenn sie das Wort Bürgerfunk nur hören würden.

So wurde die Forderung laut: Die Qualität des Bürgerfunks müsse sich weiter verbessern!

Tatsache war und ist es aber, daß bei den jährlich stattfindenden Lokalradio-Hörfunk-Wettbewerben die Bürgerfunker in Sachen Qualität und Ideenreichtum vielfach besser abschnitten als die vermeintlich professionellen kommerziellen „Kollegen“.

Auch die vor zwei Jahren von der „Landesanstalt für Medien (LfM)“ in Auftrag gegebene „Volpers-Studie“ kommt zu dem Ergebnis, daß der Bürgerfunk in Wirklichkeit viel besser sei, als sein Ruf! Und an anderer Stelle subsummiert Prof. Volpers, daß die „Radiowerkstätten“ sehr gute Arbeit leisten!

Trotzdem wird nunmehr unverhohlen von Seiten des Auftraggebers der Volpers-Studie und aus den Reihen der Landesregierung sowie des „Verband Lokaler Rundfunk (VLR)“, der Betriebsgesellschaften und natürlich auch von Seiten des Rahmenprogramms (Radio NRW) indirekt die Abschaffung des Bürgerfunks mehr oder weniger offen gefordert.

Wer den Bürgerfunk in seiner jetzigen Form in Frage stellt, rüttelt an den Grundfesten unserer Verfassung!

Rundfunk ist nach Auffassung aller höchstrichterlicher Entscheidungen immer noch Bestandteil der Kultur und nicht, wie die EU in Brüssel dies gerne hätte, Marktplatz!

Im föderalen System Deutschlands ist der Rundfunk, sowohl der Öffentlich-rechtliche als auch der private Rundfunk, der Kultur zugeordnet und somit Sache der jeweiligen Bundesländer.

Und weil dem so ist, hat nach unserer Auffassung die Meinungs- und Kulturfreiheit dort auch mindestens den gleichen Stellenwert wie die kommerziellen Interessen.

Was demnach überhaupt nicht hinzunehmen ist, ist die Tendenz, daß sich der Kommerz nun auf 100 % ausdehnen will und dies als Monopolbetrieb!

Als Ergebnis der letzten Landtagswahlen regiert dieses Land eine Koalition aus CDU und FDP. Die FDP trat seit Anbeginn des Lokalfunks immer für die ersatzlose Streichung des Bürgerfunks ein. Die CDU klagte gegen das Landesrundfunkgesetz und wurde durch Karlsruhe eines Besseren belehrt: Siehe die zuvor genannten höchstrichterlichen Rundfunkurteile. Im Laufe der Jahre hat dann die CDU „Frieden“ mit dem Lokalfunkmodell geschlossen.

Nunmehr haben aber beide Parteien in ihrer Koalitionsvereinbarung festgehalten, daß sich der Bürgerfunk nicht bewährt habe und man ihn deshalb überdenken müsse:

Was für die FDP eben Abschaffung bedeutet und für die CDU möglicherweise Verdrängung in eine „Gegend“, wo er kein öffentliches Geld mehr beansprucht und auch sonst nicht mehr wahrnehmbar ist.

CDU Medien-Staatsekretär Kemper aus der Staatskanzlei behauptet sogar öffentlich über den Deutschlandfunk, daß 99 % der Zuhörer abschalten, wenn der Bürgerfunk beginnt.

Wer so mit der Wahrheit umgeht, der macht sich selbst unglaubwürdig!

Tatsache ist, daß in den Zeiten, in denen der Bürgerfunk sendet, die Hörerreichweiten nicht schlechter sind als die von den übrigen Sendern, die parallel noch zu empfangen sind. Auch ist der Abschaltfaktor, der ab 18:00 Uhr stündlich rund die Hälfte der Zuhörer kostet, auch beim Beginn des Bürgerfunks im Bereich der allgemeinen Norm.

Die 99-%-Aussage ist billigste Polemik und eines Staatssekretärs nicht würdig!

Nach 15 Jahren aktiven Bürgerfunks kann man sehr wohl reflektieren, die Mängel und Stärken aufzeigen und daraus Konsequenzen ziehen. Man sollte dies aber fair und anständig tun. Die „Qualität“ der neuerlichen Auseinandersetzung bzw. der Verdrängung ist eines demo-kratischen Staates und Landes unwürdig, das sich vor allem auch seiner Qualitäten als Medienstandort Nummer Eins rühmt!

Tatsache ist: Sowohl den Lokalfunk als auch den Bürgerfunk gibt es nach 15 Jahren immer noch, während anderenorts in sogenannten außenpluralen Modellen im „Wettbewerb“ konkurrierender Sender eine Pleitewelle nach der anderen kam. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern ist dies zuhauf geschehen.

Nach wie vor gibt es in NRW ein großes Interesse an lokalen Themen, die aber gerade von den Lokalsendern immer weniger „bedient“ werden, weil Rahmenprogrammliedant „Radio NRW“, der mächtige „Bruder“, das „Korsett“ enger und enger schnürt. Die Lokalradios müssen nach der „Pfeife“ von „Radio NRW“ tanzen und ihre Formatierung und die Musikfarbe und neuerdings auch das gesamte Programmschema anpassen, sodaß „Radio NRW“ noch besser und ohne die geringsten „Reibungsverluste“ sein Einheitsprogramm über NRW ausbreiten kann. Daher startete auch „Radio NRW“ eine Initiative zur weiteren Verdrängung des Bürgerfunks in die späten Abend- und Nachtstunden inklusive einer Halbierung seiner Sendezeiten und suchte Unterstützung hierbei beim VLR.

Der Bürgerfunk steht derzeit mit Rücken zur Wand: Schlimmer kann es kaum noch kommen!

In solchen Momenten sollte der Bürgerfunk sich seiner Stärken bewußt werden und all die Kräfte gemeinsam mobilisieren, die alle schon vom Bürgerfunk in irgendeiner Weise profitiert haben: All diejenigen Gruppen und Personen, die in den letzten 15 Jahren sich am Programm beteiligt haben, sind doch ein nicht gerade geringer Bevölkerungsanteil – die gilt es nun zu mobilisieren und gegen die Politik in „Stellung“ zu bringen.

Was gilt es hier zu verteidigen: Ein Hobby – oder gar ein Grundrecht, die Meinungsfreiheit ?

Der Bürgerfunk war und ist die letzte Bastion von aktiver Beteiligung im Meinungsbildungsprozeß des Lebensraumes eines Jeden.

Weder das Internet noch andere Formen der Beteiligung erreichen so viele Menschen in meinem kommunikativen Nahraum.

Warum verweigern sich immer mehr Menschen der politischen Mitbestimmung? Weil sie immer mehr erkennen, daß die da „oben“ sowieso machen, was sie wollen und der „kleine Mann“ überhaupt keine Chancen hat, sich am Diskussionsprozeß und auch an aktiver Gestaltung zu beteiligen. Und nun will „man“ noch das letzte Türchen schließen!

Dazu darf und soll es nicht kommen !!!!

Rainer Stach + Raphael Mader

(Freier Lokalfunk Köln e.V.)